

Gerhard Wettig

Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.518>

Reprint von:

Gerhard Wettig, Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen, in: 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, herausgegeben von Christoph Kleßmann und Bernd Stöver, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 16), ISBN 3-412-03799-0, S. 49-69

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Gerhard Wettig (1999), Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.518>

Ursprünglich erschienen als: Gerhard Wettig, Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen, in: 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, herausgegeben von Christoph Kleßmann und Bernd Stöver, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 16), ISBN 3-412-03799-0, S. 49-69

Inhalt

CHRISTOPH KLESSMANN/BERND STÖVER

Einleitung:

Das Krisenjahr 1953 und der 17. Juni in der DDR in der historischen Forschung.....	9
1. Das Jahr 1953 als innersowjetische Krise	9
2. Das Jahr 1953 als internationale Krise	11
3. Das Jahr 1953 als Krise des kommunistischen Systems in Osteuropa	15
4. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 als Krisensymptom: Forschungsfragen	20
5. Zum vorliegenden Band	26

Teil I

Stalins Tod, die Berija-Affäre und die Krise des sowjetischen Systems in
Osteuropa

VLADISLAV ZUBOK

„Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage ...“ Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April–Mai 1953	29
1. Die politische Konstellation nach Stalins Tod.....	31
2. Die Deutsche Frage	35
3. Die Infragestellung des Stalimus als politisches Konzept	42
4. Der Machtmensch Berija und die DDR – ein Fazit	46

GERHARD WETTIG

Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen.....	49
1. Unterschiedliche Auffassungen der Historiker.....	49
2. Auseinandersetzungen unter den Nachfolgern Stalins	51
3. Berijas Rolle bei der Entscheidung über den „Neuen Kurs“ in der DDR.....	54
4. Ein Berija-Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands?	58
5. Vorbereitung geheimdienstlicher Kontakte in der Deutschland-Frage?.....	61
6. Zusammenhang zwischen Berijas Politik und der Zaisser-Herrnstadt-Affäre?	64

JÁNOS M. RAINER

Der „Neue Kurs“ in Ungarn 1953	71
1. Die Krise in Ungarn und der Tod Stalins	71
2. Die ungarische Delegation in Moskau.....	77
3. Die Umsetzung des „Neuen Kurses“ in Ungarn.....	84
4. Die Nagy-Rede vom 4. Juli 1953 und die Reformbewegung bis 1955.....	88
5. Ergebnisse	92

JIRÍ PERNES

Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung.....	93
1. Die Maßnahmen der obersten KP-Organen nach Gottwalds Tod.....	96
2. Die Währungsreform in der Tschechoslowakei.....	98
3. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Währungsreform	100
4. Der „Neue Kurs“	103
5. Der Versuch des „Neuen Kurses“ in der Tschechoslowakei	105
6. Die „Augustthesen“	107
7. Die Septembersitzung des ZK der KPTsch	109
8. Schluß.....	111

Teil II

Internationale Reaktionen auf den 17. Juni 1953

CHRISTIAN F. OSTERMANN

„Die beste Chance für ein Rollback“? Amerikanische Politik und der 17. Juni 1953	115
1. US-Deutschlandpolitik und psychologische Kriegsführung im Vorfeld des 17. Juni	116
2. Die amerikanische Reaktion auf den 17. Juni 1953	119
3. Das „Eisenhower-Paket-Projekt“	126
4. Die Nachwirkungen des Hilfsprogramms	133
5. Fazit	138

MICHAEL LEMKE

Konrad Adenauer und das Jahr 1953. Deutschlandpolitik und 17. Juni	141
1. Adenauers Europabild und Integrationsvorstellungen.....	142
2. Ost-West-Konflikt und Wiedervereinigung im Verständnis des Bundeskanzlers.....	143
3. Innerwestliche Querelen um EVG und Deutschlandkonferenz	147
4. Der 17. Juni 1953 und seine Folgen für die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik ...	151

KLAUS LARRES

Großbritannien und der 17. Juni 1953. Die deutsche Frage und das Scheitern von Churchills Entspannungspolitik nach Stalins Tod	155
1. Churchills Entspannungspolitik und die deutsche Frage vor dem Aufstand in der DDR.....	156
2. Der Westen und der Aufstand in der DDR.....	170
3. Schlußfolgerung	178

ANDRZEJ MAŁKIEWICZ/KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ

Das polnische Echo auf den Juni-Aufstand in der DDR im Jahre 1953.....	181
1. Forschungen über den 17. Juni in Polen.....	181
2. Die offizielle Reaktion.....	183
3. Die öffentliche Meinung.....	190
4. Zusammenfassung: Polen und der 17. Juni 1953	194

BERND STÖVER

Zusammenfassung:

Das Umbruchsjahr 1953 – Ein Resümee	199
1. Der Ausgangspunkt: Stalins Tod.....	199
2. Der „Neue Kurs“ – ein „Entstalinisierungs-Programm“.....	204
3. Der 17. Juni als Höhepunkt des Krisenjahres 1953	209
4. Westeuropäische Reaktionen: Die Sonderrolle Großbritanniens.....	218

Anhang	223
Abkürzungsverzeichnis	223
Literaturverzeichnis	227
Autorenverzeichnis	239
Personenverzeichnis.....	243

Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen

1. Unterschiedliche Auffassungen der Historiker

Es ist eine alte Frage, ob Berija, der nach Stalins Tod eine für sowjetische Begriffe ungewöhnliche Innen- und Außenpolitik einzuleiten sich bemühte, dabei auch eine Vereinigung Deutschlands auf demokratischer Basis ins Auge faßte. Entsprechende Mutmaßungen nahmen ihren Ausgang von dem Vorwurf der siegreichen Mehrheit der sowjetischen Führung an den gestürzten Berija, er habe den Sozialismus in der DDR „verraten“.¹ Das war freilich eine Anklage, die deutlich rechtfertigende Funktion hatte, so daß ihr Wahrheitsgehalt zweifelhaft blieb. Als wichtiges Indiz für die Berija zugeschriebene Absicht gilt vielfach der von Moskau den SED-Führern Anfang Juni 1953 aufgenötigte „Neue Kurs“, der die harte Sowjetisierungspolitik vom Vorjahr teilweise revidierte.² Als weitere Belege werden damalige Stellungnahmen angeführt, die deutsche Frage müsse auf die Tagesordnung gesetzt werden, sowie spätere öffentliche Anschuldigungen Chruschtschows³ und Ulbrichts.⁴ Der SED-Chef benutzte die Anklage im innerparteilichen Kampf gegen Kritiker und Rivalen.⁵ Bei den ostdeutschen Kadern fand sie allgemein Glauben, schien sie doch den alten Verdacht zu bestätigen, die UdSSR könnte die DDR um höherer politischer Zwecke willen fallenlassen.

1 Ein detaillierter Versuch, die im Frühjahr 1953 im Kreml ausgetragene Kontroverse zu analysieren, findet sich bei James Richter, *Re-examining Soviet Policy Towards Germany in 1953*, in: *Europe-Asia Studies*, Nr. 4/1993, S. 671–691.

2 Vgl. z. B. Richard Löwenthal, Vorwort, in: Arnulf Baring, *Der 17. Juni 1953*, Köln 1965, S. 14f.

3 Rede Chruschtschows wiedergegeben in: *Izvestija*, 10.3.1963.

4 Rede Ulbrichts, wiedergegeben in: *Neues Deutschland*, 28.11.1961. Die Version schien sich durch die Information zu bestätigen, daß die sowjetische Führung nach Berijas Sturz einen Rundbrief an die osteuropäischen kommunistischen Parteien versandte, in dem der gleiche Vorwurf erhoben wurde; vgl. Seweryn Bialer, *Ich wählte die Freiheit*, in: *Hinter dem Eisernen Vorhang* (in München erscheinende Zeitschrift), Oktober 1956, S. 20.

5 Schlußwort Walter Ulbrichts auf dem 15. Plenum des ZK der SED (24.–26. Juli 1953), vollständig – und ausweislich der inzwischen verfügbaren Originalakten uneingeschränkt korrekt – wiedergegeben in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 12.6.1957, S. 364–370.

Im Gegensatz zu dieser Ansicht ist der „Neue Kurs“ auch als eine Maßnahme interpretiert worden, mit der das sozialistische System in der DDR stabilisiert werden sollte.⁶ Dieser Ansicht zufolge mußte die Unzufriedenheit im Lande, die im Frühjahr 1953 stark zugenommen hatte, durch taktische Konzessionen gemildert werden, so wie Lenin gelehrt hatte, daß überlange Frontlinien begradigt werden müßten, um eine Niederlage gegen den Feind zu vermeiden. Aus diesem Grunde habe der bisherige Übereifer bei der Einführung des Sozialismus in der DDR gebremst werden müssen: Wenn man der fortschreitenden Destabilisierung entgegenwirken wollte, dann mußte man Rücksicht auf den Unmut des Volkes nehmen. Dieses Argument gründet sich sowohl auf ostdeutsche als auch auf sowjetische Äußerungen jener Zeit, denen zufolge die radikal und mit allen Mitteln betriebene Politik des „Aufbaus des Sozialismus“ (wie sie von der 2. SED-Konferenz im Sommer 1952 beschlossen worden war) kontraproduktiv und revisionsbedürftig war.⁷

Neue Erkenntnisse haben seit dem Ende der achtziger Jahre zu einer differenzierteren dritten Position geführt. Berijas Politik nach Stalins Tod wird zwar die Bereitschaft zu Übereinkunft über eine demokratische Vereinigung Deutschlands attestiert, sofern die Bundesrepublik dafür auf die vorgesehene militärische Westintegration verzichte, doch wird zugleich der „Neue Kurs“ nicht auf Berija, sondern auf seine Gegner zurückgeführt. Dieser sei der zögernden SED-Führung Anfang Juni in der Absicht auferlegt worden, die DDR durch Zugeständnisse an die Wünsche der zunehmend unzufriedenen Bevölkerung zu stabilisieren. Berija habe demgegenüber den Versuch unternommen, den Zweck im Sinne eines Abgehens vom Sozialismus überhaupt zu ändern. Weil er sich jedoch im Kreise seiner sowjetischen Führungskollegen damit nicht durchsetzen konnte und von ihnen wenig später gestürzt wurde, sei dies praktisch folgenlos geblieben. Bei dieser Darlegung vermißt man freilich genauere Angaben darüber, welche Pläne er hatte und wie er diese zu verwirklichen gedachte.⁸ Die konkreteste Basis dafür sind die Erinnerungsberichte der auf der Gegenseite stehenden Kremlhierarchen Molotow⁹ und Gromyko¹⁰ über den Verlauf einer Beratung, bei der es um einen Vorschlag des Außenministeriums zur Behebung von Schwierigkeiten in der DDR ging, der dann als „Neuer Kurs“ verabschiedet wurde. Der Wortlaut des diskutierten Dokuments¹¹, das nach beiden Zeugnissen nicht auf Berija (wie man unter den Spitzenfunktionären der SED meinte¹²), sondern auf dessen Widersacher zurückgeht, deutet auf die Absicht hin, die sozialistische Ordnung der DDR durch den Abbau von kontraproduktiven Maßnahmen zu festigen.

6 Ein früher Vertreter dieser Ansicht war Heinz Lippmann, der damals ein hochrangiger Parteifunktionär war und kurze Zeit später in den Westen flüchtete, vgl. Die Opposition in der Sowjetzone am 17. Juni, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 12.6.1957, S. 363.

7 Dazu Gerhard Wettig, Die sowjetische Deutschland-Politik am Vorabend des 17. Juni, in: Ilse Spittmann/Karl-Wilhelm Fricke (Hg.), *Der 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR*, Köln ²1988, S. 58–60.

8 Vgl. Richter, *Re-examining*, S. 686.

9 *Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevnika F. Čueva*, Moskau 1991, S. 332–337.

10 Andrej A. Gromyko, *Pamjatnoe*, Bd. 2, Moskau ²1990, S. 505f.

11 Text: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Nr. 5/1990, S. 648–654.

12 Hermann Axen hat noch 1993 davon gesprochen, daß er glaube, der „Neue Kurs“ sei ausschließlich von dem „Verräter“ Berija initiiert worden (vgl. das Interview mit Harald Neubert in: *Neues Deutschland*, 25.6.1993).

Alle Argumente leiden unter dem Fehlen von Quellen, in denen sich Berijas Absichten unmittelbar niedergeschlagen hätten. Bislang und vielleicht für alle Zeiten¹³ muß sich das Urteil der Historiker wesentlich auf die Angaben der innerparteilichen Feinde stützen, die zur Rechtfertigung der durchgeführten Verhaftung und der vorgesehenen Todesstrafe vor dem Zentralkomitee der KPdSU¹⁴ gemacht wurden. Die Zweifel an der Verlässlichkeit dieser Angaben werden noch durch den Umstand verschärft, daß die siegreiche Gruppe in der sowjetischen Führung nicht allein Berija jede Möglichkeit versagte, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, sondern auch darüber hinaus eine geradezu panische Angst vor jedweden Äußerungen des gestürzten Kollegen bekundete.¹⁵ Nur mit äußerster Mühe gelang es Berija daher, wenigstens ein paar kurze Aussagen im Gefängnis zu formulieren. Es handelte sich dabei gleichzeitig um Beteuerungen grundsätzlicher Unschuld und Eingeständnisse gemachter Fehler, verbunden mit der Bitte um Gnade.¹⁶

2. Auseinandersetzungen unter den Nachfolgern Stalins

Unmittelbar nach Stalins Tod zeichneten sich in der sowjetischen Innenpolitik deutliche Änderungen ab. Paradoxerweise war es der als eine Hauptfigur des stalinistischen Terrors bekannte Berija, auf den eine Lockerung der Repressionen und die Freilassung von über einer Million politischer Gefangener zurückgingen. Er veranlaßte auch, daß die während der letzten Lebensmonate Stalins produzierten Anschuldigungen im Zusammenhang mit der „Verschwörung der Ärzte“ fallengelassen wurden. Er ließ die Folterungen einstellen und die dabei verwendeten Werkzeuge zerstören. Dahinter stand offenbar die Absicht, sich Glaubwürdigkeit als standhafter Verteidiger von Gesetz und Recht zu erwerben. Berija suchte sich als Anwalt all derer darzustellen, die unter der Gewalt der Staatssicherheitsorgane gelitten hatten bzw. wegen geringfügiger Vergehen bestraft worden waren.¹⁷ Der physischen Macht, die er sofort nach Stalins Tod in erheblichem Umfang bei sich zu konzentrieren verstanden hatte, sollte anscheinend auf diese Weise legitime Autorität hinzugefügt werden.¹⁸ Auch mag die persönliche Gefährdung, der er in der späten Stalin-Zeit ausgesetzt gewesen war, als der Diktator zusammen mit Chruschtschow allem Anschein nach seine Ausschaltung

13 Vgl. Lew Besymenski, Berija will die DDR beseitigen, in: *Die Zeit*, 15.10.1993.

14 Delo Berija. Plenum CK KPSS. Ijul' 1953 goda. Stenografičeskij otčet, in: *Izvestija CK KPSS*, Nr. 1/1991, S. 139–214 u. Nr. 2/1991, S. 141–208.

15 Vgl. Khrushchev Remembers. With an Introduction, Commentary and Notes by Edward Crankshaw, transl. and ed. by Strobe Talbott, London 1971, S. 336, 338; *Memuary Nikity Sergeeviča Chruščeva*, in: *Voprosy istorii*, 2–3/1992, S. 100f.; *Sto sorok besed*, S. 344f. Bezeichnenderweise suchten die Feinde Berijas diesem nach seiner Inhaftierung jede Äußerungsmöglichkeit zu verwehren, etwa indem sie ihm Papier und Bleistift verweigerten.

16 Abdruck der entsprechenden Äußerungen mit einleitenden Hinweisen auf die Bedingungen ihres Zustandekommens in: *Istočnik*, 4/1994, S. 3–8.

17 Vgl. V. P. Naumov, *Posle smerti Stalina*, in: *Rossija i sovremennyj mir*, 4/1995, S. 143–146; B. Starkov, *Sto dnej „Ljubjanskogo maršala“*, in: *Istočnik*, 4/1993, S. 83–85.

18 Vgl. Dž. Richter [James Richter], *L. Berija i sovetskaja politika v otnošenii Germanii: novaja ocenka*, in: M. Narinskij (glavnyj redaktor), *Cholodnaja vojna. Noveye podchody, novye dokumenty*. Institut vseobščej istorii RAN, Moskau 1995, S. 195.

vorbereitet¹⁹ und dazu unter anderem die Sammlung von Beweismaterial gegen ihn veranlaßt hatte²⁰, eine gewisse Rolle gespielt haben.

Die unter den Stalin-Nachfolgern sofort auftretenden Meinungsverschiedenheiten müssen als Teil des beginnenden Kampfes um die Herrschaft gesehen werden. Berija hatte sofort gehandelt und seinen langjährigen Gefährten Malenkov für das Amt des Vorsitzenden des Ministerrats vorgeschlagen, woraufhin dieser Berija als einen seiner ersten Stellvertreter und als Chef des kombinierten Innen- und Staatssicherheitsministeriums nominiert hatte. Die anderen Führungsmitglieder waren davon überrumpelt worden und mußten sich mit dem Resultat abfinden.²¹ Damit verfügte Berija über eine unwiderstehlich stark erscheinende Position. Seinem Befehl unterstanden Polizeieinheiten und Staatssicherheitsapparat. Im ganzen Land und vor allem in dessen politischem Zentrum hatte er alle für den inneren Gebrauch bestimmten Machtmittel von den bewaffneten Kräften bis zu den Observierungs- und Exekutivorganen in der Hand. Er nutzte die damit gegebenen Möglichkeiten unter anderem dazu, seine Kollegen beobachten und politisch verwertbare Akten über sie anlegen zu lassen. Zugleich scharte er alte Gefolgsleute aus der Geheimpolizei um sich und verhalf so vielen Personen mit schlechtem Ruf zu Amt und Einfluß. Manche von ihnen kamen direkt aus dem Gulag wie Abakumow, der lange Zeit neben Berija der Hauptakteur des Stalinischen Terrors gewesen war.²²

Das alles war geeignet, das bei den Rivalen vorhandene Mißtrauen zu verstärken.²³ Allem Anschein nach suchte Chruschtschow, der sich zeitweise nach außen hin mit dem Innenminister verbündete, diesen von Anfang an zu demontieren. Berijas persönliche Arroganz im Umgang mit seinen Kollegen gab, wie es scheint, der gegen ihn gerichteten Bestrebung rasch weitere Nahrung. Aber die Angst vor Berijas unbegrenzt erscheinender Macht bremste die sich formierende Opposition. Deren Sympathisanten gingen nach vorliegenden Zeugnissen davon aus, daß jeder die physische Liquidierung zu gewärtigen habe, der dem übermächtigen Mann in den Weg trat. Dazu scheint freilich die Tatsache nicht so recht zu passen, daß von ihm initiierte wichtige Maßnahmen von den anderen offen blockiert wurden. Auch riskierte Chruschtschow einmal einen heftigen Streit am Telefon. Berijas Bemühen, sich als Anwalt von Freiheit und Gerechtigkeit zu profilieren und als Gegner des von ihm selbst so lange praktizierten Staatsterrorismus hervorzutreten, führte bei anderen Führungsmitgliedern zu Argwohn. Damit suche er sich, so der Vorwurf, ein Ansehen zu verschaffen, das ihn von dem hinderlichen Image des Terrorfunktionärs befreie und ihm die Errichtung einer persönlichen Diktatur ermögliche.²⁴ Der Verdacht wurde weiter durch die selektive Art genährt, mit der sich Berija immer nur gegen staatsterroristische Aktivitäten anderer zu wenden und echte Beschneidungen seines sicherheitsdienstlichen Apparats zu vermeiden schien. Besorgt stimmten auch seine ungewöhnliche Popularität und Autorität bei seinen Untergebenen, die seine Amtsführung als ihrem Interesse dienlich ansahen.²⁵

19 Vgl. Amy Knight, *Beria. Stalin's First Lieutenant*, Princeton/NJ 1993, S. 166–169.

20 Vgl. Naumov, *Posle smerti*, S. 146f.; Amy Knight, *Beria*, S. 166–169.

21 Vgl. S. 180f.; Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev*, Cambridge 1996, S. 154.

22 Vgl. Knight, *Beria*, S. 181f.; N. Barsukov, *Na puti k XX s"ezdu*, in: *Pravda*, 11.11.1989.

23 Vgl. Richter, *Re-examining*, S. 674.

24 Starkov, *Sto dnei*, S. 83. Darstellung aus der Sicht eines politischen Weggefährten Berijas bei Pavel Sudoplatov, *Razvedka i Kreml'. Zapiski neželatel'nogo deiatelja*, Moskau 1996, S. 403–405, 409.

25 Naumov, *Posle smerti*, S. 146f.; Starkov, *Sto dnei*, S. 84f.

Zunächst gab es gleichwohl in der sowjetischen Führung keine Einheitsfront gegen Berija. Zwischen den anderen Hierarchen bestanden deutliche Anschauungs- und Interessenunterschiede.²⁶ Chruschtschow scheint sich von allem Anfang an als Kern einer Gegenfraktion in der Führung gesehen und sich dementsprechend insgeheim um Verbündete gegen den Innenminister bemüht zu haben.²⁷ Darin dürften ihn dessen Versuche bestärkt haben, Kompetenzen von dem ihm als KPdSU-Generalsekretär unterstellten Parteiapparat auf staatliche Behörden zu übertragen, die der Kontrolle Berijas und Malenkows unterlagen. Zur Abwehr wurde unter anderem der Vorwurf in die Welt gesetzt, der Innenminister nehme einen der Partei (als der nach offiziellem Postulat zur politischen Führung berufenen Kraft) schädlichen „nicht-prinzipiellen“ Standpunkt ein. Damit wurde erstmals die spätere Anschuldigung angedeutet, daß sich Berija gegen Ideologie und Partei wende.²⁸ Im ausgehenden Frühjahr erzielte Chruschtschow einen wichtigen Erfolg, als er, ein momentanes Mißverständnis zwischen Malenkow und Berija nutzend, den ersteren auf seine Seite hinüberzog.²⁹ Dem konspirativen Charakter des Vorgehens entsprechend, vermieden es die neuen Verbündeten jedoch, den Seitenwechsel nach außen hin in Erscheinung treten zu lassen.

Der entscheidende Durchbruch gelang Chruschtschow, als sich Berija einem grundlegenden Disput zwischen Staatssicherheitsdienst und Militär gegenüber sah und, anscheinend ohne langes Überlegen, zugunsten des ersteren entschied. Dadurch entfremdete er sich die Streitkräfte, welche die einzige bewaffnete Macht im Lande darstellten, über die er nicht gebot. Malenkow hob anschließend in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident den Beschluß Berijas auf. Das machte die Sache für diesen noch schlimmer, denn nun sahen die Generäle ebenso wie die Mitglieder der politischen Führung, daß dem allmächtig erscheinenden Mann Paroli geboten werden konnte. Chruschtschow hielt daraufhin den Moment für gekommen, sich beim Kommandeur des Moskauer Militärbezirks, Marschall Moskalenko, um Unterstützung seines Plans zur Beseitigung Berijas zu bemühen. Das führte zum Erfolg. Auch wenn die Moskauer Herrschaftszentren nach wie vor der Kontrolle von Ordnungskräften unterstanden, die dem Innenminister unterstellt waren, so sahen sich nunmehr angesichts des militärischen Rückhalts die meisten Führungsmitglieder zum Übertritt auf die Seite Chruschtschows ermutigt.³⁰ Das entschied den Erfolg des Putsches, auch wenn dessen Durchführung angesichts der weiterhin vor Ort bestehenden Macht Berijas nicht ohne Risiken war.

26 Richter, *Re-examining*, S. 682–684; Richter, *Berija*, S. 186f.

27 So ist zu vermuten insbesondere nach den Hinweisen bei Sudoplatov, *Razvedka*, S. 403.

28 Zu den Vorgängen s. im einzelnen Knight, *Beria*, S. 181f.; Richter, *Berija*, S. 185; Zubok/Pleshakov, *Inside*, S. 156; Anton Kolendic, *Machtkampf im Kreml*, Bergisch-Gladbach 1983, S. 147 (mit Zitierung eines einschlägigen Protokolls). Zur Rolle des Vorwurfs, Berija habe der Partei nicht die ihr gebührende Rolle zugestanden, in der späteren Verratsanklage vgl. *Delo Berija. Plenum CK KPSS. Ijul' 1953 goda. Stenografičeskij otčet*, in: *Izvestija CK KPSS*, Nr. 1/1991, S. 143, 153 (Aussagen Malenkows und Chruschtschows).

29 Vgl. Sudoplatov, *Razvedka*, S. 409.

30 Vgl. insbes. Jurij M. Žukov, *Kremlevskie tajny*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 21.12.1994 (aufgrund von Politbüro-Dokumenten); Kolendic, *Machtkampf*, S. 147–187 (aufgrund verschiedener Quellen), insbes. S. 171f. (aufgrund eines Berichts von Marschall Moskalenko); R. A. Medvedev, *Oni okružali Stalina*, Moskau 1990, S. 291.

3. Berijas Rolle bei der Entscheidung über den „Neuen Kurs“ in der DDR

Den sowjetischen Spitzenkadern war, soweit sie mit der Situation in den „Volksdemokratien“ vertraut waren, beim Tode Stalins klar, daß dessen Außenpolitik wegen der dortigen kritischen Entwicklungen nicht einfach weitergeführt werden konnte. Die notwendigen Veränderungen wiederum bedingten eine Minderung der Konfrontation gegenüber dem Westen. Beim Begräbnis des Diktators sahen sich alle Redner – Berija, Malenkov und Molotow – dazu bewogen, von einer „friedlichen Koexistenz“ mit dem Westen zu sprechen.³¹ Welche Konsequenzen daraus folgten, blieb freilich zunächst offen. Gelegenheit zu einer genaueren Positionsbestimmung boten Offerten der angelsächsischen Mächte. Präsident Eisenhower appellierte am 16. April öffentlich an den Kreml, sich gemeinsam um eine Verbesserung des wechselseitigen Verhältnisses zu bemühen. Die UdSSR solle ihren guten Willen durch die Bereitschaft zu einem Abkommen über Korea, zur Liberalisierung im eigenen Herrschaftsbereich, zu einem Staatsvertrag für Österreich und durch Freigabe der noch festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen bekunden.³² Am 11. Mai entwickelte der britische Premierminister Churchill vor dem Unterhaus den Gedanken einer Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Basis. Dafür wollte er der Sowjetunion die Heraushaltung der Bundesrepublik aus der NATO und die Neutralisierung des künftigen gesamtdeutschen Staates zugestehen.³³

Auf die Vorstöße reagierte Moskau zwar ohne die bisher übliche Entlarvungspolemik, aber auch mit klarer Ablehnung. In der Presseantwort auf Eisenhowers Initiative hieß es, daß Deutschlands staatliche Einheit nur „auf demokratischen und friedliebenden Fundamenten“ – und das hieß nach hergebrachter Terminologie: auf der Basis des östlichen Systems – wiederhergestellt werden könne.³⁴ Gegen Churchills Vorschlag machte die Führung der UdSSR den gleichen Einwand geltend: Der britische Regierungschef habe seinen Vorstellungen nicht die Beschlüsse von Jalta und Potsdam (die nach sowjetischer These die Einführung einer Ordnung nach dem Vorbild der DDR verlangten) zugrunde gelegt, so daß Deutschland demnach nicht „als friedliebender demokratischer Staat“ wiedervereinigt werden würde. Das würde „den militaristischen und faschistischen Elementen“ des besiegten Landes weiterhin Handlungsmöglichkeiten einräumen.³⁵

Von der Ablehnung der westlichen Vorstellungen über die in Deutschland zu errichtende Ordnung abgesehen, waren sich die Nachfolger Stalins über den außenpolitischen Kurs weithin uneins. Zwar bestand über die Notwendigkeit einer Beendigung des Korea-Krieges Einmütigkeit, doch stießen Berijas Vorschläge einer Aussöhnung mit Tito und eines Staatsvertrages mit Österreich bei den Führungskollegen auf ideologisch motiviertes Widerstreben. Die Initiativen weckten bei den Altgedenken in der sowjetischen Führung, insbesondere bei Molotow, Mißtrauen. Dieses verstärkte sich noch, als der Innenminister erläuterte, eine Neutralisierung der Alpenrepublik schliege nicht allein zum überwiegenden Vorteil der

31 Richter, Berija, S. 184.

32 Text: *The Chance for Peace*, in: Department of State Bulletin, 27.4.1953, S. 601.

33 Text: *Weekly Hansard*, Nr. 225 (8.–14.5.1953), S. 899–902.

34 *K vystupleniju Ejzenchauera* [ungezeichneter Leitartikel], in: *Pravda/Izvestija*, 25.4.1953.

35 *K sovremennomu političeskomu položeniju* [ungezeichneter Leitartikel], in: *Pravda/Izvestija*, 24.5.1953.

UdSSR aus, sondern sei auch geeignet, den Opponenten von Adenauers „Remilitarisierung“ in Westdeutschland Auftrieb zu geben. Zugleich riefen die außenpolitischen Anregungen unter den Kollegen das Gefühl hervor, Berija mische sich ungeniert in fremde Zuständigkeiten ein und suche seine Macht auf alles und jedes auszudehnen.³⁶

Die Aufmerksamkeit der neuen Führung konzentrierte sich im Laufe des Frühjahrs 1953 zunehmend auf die DDR. Dort waren Wirtschaftslage und Stimmung auf einem Tiefpunkt angekommen. Nicht nur die enormen Reparationslasten, sondern auch sozialistischer Maximalismus und forcierte Militarisierung hatten katastrophale Folgen nach sich gezogen. Berija war sich aufgrund der ihm vorliegenden Geheimdienstberichte schon Anfang 1953 über die Probleme klar gewesen.³⁷ Erst allmählich begannen auch die anderen Moskauer Hierarchen zu erkennen, daß das SED-Regime durch die sich aufschaukelnde Unzufriedenheit der Bevölkerung bedroht war.³⁸ Auch als der Ernst der Lage grundsätzlich erkannt war, glaubten maßgebliche Experten und Politiker in Moskau noch, die Situation ohne größere Hilfe reparieren zu können: Die DDR sollte durch Stützung ihrer „internationalen Autorität“, d. h. durch die formelle Übertragung staatlicher Kompetenzen, gestärkt werden. Dadurch sollte zugleich die ins Stocken geratene politische Offensive für die deutsche Einheit neu belebt werden.³⁹

Nur langsam setzte sich an der Spitze der UdSSR die Erkenntnis durch, daß man es dabei allein nicht belassen konnte. Der Anstoß scheint von Geheimdienstberichten und möglicherweise auch von einem Memorandum ausgegangen zu sein, das der Politische Berater der Sowjetischen Kontrollkommission am 17. April nach Moskau gebracht hatte.⁴⁰ Eine Rolle könnte auch ein Besuch Ernst Wollwebers in der sowjetischen Hauptstadt gespielt haben, den Staatssicherheitskreise veranlaßt hatten. Der SED-Funktionär soll von „ernstem Streit“ an der Ost-Berliner Spitze berichtet haben und davon, daß die fortlaufende Verschärfung der Lage in der DDR durch die maximalistische Politik Ulbrichts Sorge bereite.⁴¹ Wenig später lieferte Berija einen ungeschminkten Bericht. Danach ließ sich die Massenflucht aus der DDR nicht einfach auf propagandistische Einwirkungen des Westens zurückführen. Widerstände unter den Bauern gegen die eingeleitete Kollektivierung, die gegen die kleinen und mittleren Unternehmer gerichteten Maßnahmen, der Widerwille vieler Jugendlicher gegen den Dienst in den bewaffneten Kräften und große Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung seien wesentliche Ursachen.⁴²

Der Bericht ging dem Präsidium des Ministerrats der UdSSR am 9. Mai 1953 zu. Am 14. Mai legte ihn das Gremium einer Erörterung der DDR-Frage zugrunde. Alle Mitglieder stimmten nunmehr darin überein, daß die forcierte Sozialisierungspolitik des SED-Regimes destabilisierend wirkte und dem „Kampf um die Vereinigung Deutschlands auf friedliebender und demokratischer Grundlage“ Abbruch tat. Ulbricht wurde, ohne ausdrücklich ge-

36 Zubok/Pleshakov, *Inside*, S. 156.

37 George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David Murphy, *Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin*, Berlin 1997, S. 204.

38 Näheres dazu bei Rolf Stöckigt, Ein forciertes stalinistischer Kurs führte 1953 in die Krise (auf der Basis von Materialien aus dem SED-Parteiarchiv), in: *Berliner Zeitung*, 8.3.1990.

39 Näheres dazu bei: Gerhard Wettig, Die beginnende Umorientierung der sowjetischen Deutschland-Politik im Frühjahr und Sommer 1953, in: *Deutschland Archiv* 28 (1995), S. 497–500.

40 Dieser Bericht wurde später von seinem Verfasser zusammengefaßt: [Heinz Lippmann,] *Der 17. Juni im Zentralkomitee der SED*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 13.6.1956, S. 374.

41 Sudoplatov, *Razvedka*, S. 415.

42 Bailey/Kondraschow/Murphy, *Front*, S. 204f.

nannt zu werden, als der Hauptschuldige der Schwierigkeiten angesehen. Die sowjetische Führung verständigte sich darauf, daß er die Kollektivierung der Landwirtschaft nicht weiter vorantreiben dürfe. Die Kritik an der Politik des SED-Chefs verschärfte sich weiter, als sich das Präsidium am 20. Mai 1953 erneut mit der DDR befaßte. Dabei kam unter anderem der Personenkult zur Sprache, den der Generalsekretär der ostdeutschen Partei aus Anlaß seines bevorstehenden 60. Geburtstages ins Werk gesetzt hatte. Man forderte ihn dazu auf, auf Pomp zu verzichten und in bescheidenem Rahmen zu feiern.⁴³

Am 14. Mai erteilte das Präsidium dem Außenministerium den Auftrag, eine Beschlußvorlage über Maßnahmen zur Lösung der Probleme in der DDR auszuarbeiten. Daraufhin rief Molotow am folgenden Sonntag seinen für Deutschland zuständigen Stellvertreter Gromyko zu sich, um die Leitlinien mit ihm zu besprechen. Beide waren sich einig, daß Ulbrichts Maßnahmen gegen die „Kapitalisten“ in seinem Land zu radikal seien. Künftig müsse man bei dem Aufbau des Sozialismus flexibler vorgehen, um negative Rückwirkungen zu vermeiden. Es sei auf alles zu verzichten, was in der Bevölkerung allzu heftige Ablehnung hervorrufe. Die Politik der forcierten Sozialisierung sollte daher beendet werden.⁴⁴ Falls die deutsche Sonderlage der Teilung und damit die Vereinigungsfrage überhaupt erwähnt worden sein sollte, dann spielte sie jedenfalls keine wesentliche Rolle.⁴⁵ Ausdrücklich ging es um die Zurücknahme von Maßregeln, mit denen die bürgerlichen und bäuerlichen Schichten bekämpft worden waren. Künftig sollte der Sozialismus mit milderer Methoden durchgesetzt werden, die weniger Widerstreben hervorriefen. Dahinter stand die Absicht, die erschütterte Position im Ostteil Deutschlands wieder zu festigen, ohne die UdSSR materiell allzusehr zu belasten.⁴⁶

Am 27. Mai 1953 diskutierte das Präsidium des Ministerrats den Entwurf des Außenministeriums. Dabei entspann sich ein heftiger Wortwechsel zwischen Berija und Molotow. Der Innenminister soll – nach freilich wenig zuverlässig erscheinender Darstellung – eine zusammen mit Malenkov verfaßte Gegenstellungnahme vorgelesen haben, ohne diese jedoch als Alternativvorschlag zu unterbreiten.⁴⁷ Dabei sprach er, wie sich der Außenminister

43 V. P. Naumov, *Byl li zagovor Berii? Novye dokumenty o sobytijach 1953g.*, in: *Novaja i novejšaja istorija*, 5/1998, S. 23; Z. K. Vodop'janova/N. G. Tomilina, *Dokumenty CChSD o sovetsko-germanskich otnošenijach i vlijanie na nich sobytij ijunja 1953g. v Berline*, Arbeitspapier für die internationale Konferenz „Das Krisenjahr 1953 und der Kalte Krieg in Europa“, Potsdam, 10.–12.11.1996, S. 1f. [nach im CChSD aufbewahrten Protokollen der beiden genannten Sitzungen]. Bei: Elke Scherstjanoi, *Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48 (1998), S. 515–517, findet sich eine andere zeitliche Anordnung, die auf Dokumenten aus dem AVPRF beruht. Die herangezogenen Unterlagen geben aber darüber keinen Aufschluß.

44 *Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevnika F. Čueva*, Moskau 1991, S. 332f.

45 Außer aufgrund der Nicht-Erwähnung in den Quellen ergibt sich das unter anderem aus der Tatsache, daß zur gleichen Zeit analoge Maßnahmen auch für Ungarn und Polen vorgesehen wurden (Naumov, *Byl li*, S. 24f.; V. L. Musatov, *SSSR i vengerskie sobytija 1956g.: Novye archivnye materialy*, in: *Novaja i novejšaja istorija*, Nr. 1/1993, S. 4f.; Sudoplatov, *Razvedka*, S. 416).

46 Vgl. *Sto sorok besed*, S. 332f.

47 *Memuary Nikity Sergeeviča Chruščeva*, in: *Voprosy istorii*, 2–3/1992, S. 94; Wladimir S. Semjonow, *Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991*, Berlin 1995, S. 290f. Die Glaubwürdigkeit dieser Darstellung wird dadurch beeinträchtigt, daß weder Molotow noch Gromyko (deren sachliche Zuverlässigkeit hoch zu veranschlagen ist) diesen wichtigen Umstand erwähnen. Auch in den Erinnerungen des Leiters der sowjetischen Auslandsaufklärung wird kein Berija-Papier erwähnt; die Vorlage des Außenministers erscheint als alleinige Grundlage der Diskussion (Sudoplatov, *Razvedka*, S. 415).

später erinnerte, „in abschätzigem Tonfall und mit höhnischem Gesichtsausdruck“ über den SED-Staat. „Die DDR? Was ist diese DDR denn schon? Sie ist nicht einmal ein richtiger Staat. Sie wird nur durch die sowjetischen Truppen am Leben gehalten, auch wenn wir sie ‚Deutsche Demokratische Republik‘ nennen.“ Diese ebenso unverblüme wie verächtliche Art, über ein Land zu sprechen, das zwar ein abhängiger Klient der Sowjetunion war, aber den „Freunden“ zugerechnet wurde, rief allgemeine Empörung hervor. Berija wußte freilich besser als seine Kollegen, auf welch schwachen Füßen das SED-Regime stand und gab sich daher nicht der Illusion hin, dieses könne sich aus eigener Kraft halten. Daher war er zugleich der Ansicht, man solle nicht auf den „Sozialismus in Deutschland“, sondern auf ein „friedliebendes Deutschland“ Wert legen.⁴⁸

Die Diskussion in der sowjetischen Führung endete, wie Berijas Widersacher im Rückblick tadelnd hervorhoben, zunächst in offenem Dissens.⁴⁹ Der Erinnerung von Beteiligten zufolge, wurde aus Berija, Malenkow und Molotow ein Ad-hoc-Ausschuß gebildet, der dem Präsidium einen gemeinsamen Entwurf unterbreiten sollte. Bevor das Kleingremium in Beratungen eintrat, bemühten sich die Hauptexponenten beider Seiten, Berija und Molotow, jeweils um die Unterstützung von Kollegen, die noch keine klare Stellung bezogen hatten. Der Außenminister versicherte sich des Rückhalts von Chruschtschow. Dieser wiederum gewann Malenkow. Berija dagegen stieß, dieser Version zufolge, bei Marschall Bulganin auf Ablehnung und ließ daraufhin seine Einwände fallen, so daß das Präsidium des Ministerrats die Beschlußvorlage vom 27. Mai annehmen konnte.⁵⁰

Nach einer zeitnahen Aufzeichnung Molotows kam Berijas Nachgeben auf andere Weise zustande. Der Außenminister ergriff die Initiative, indem er sich telefonisch mit seinem Meinungsgegner in Verbindung setzte. Auf Befragen stellte dieser klar, der von ihm geforderte Verzicht auf sozialistische Maßnahmen in der DDR sei allein von der Rücksicht auf die gegenwärtigen Bedingungen bestimmt. Derzeit könne man nur Kurs auf den Kapitalismus nehmen; die Einführung des Sozialismus lasse sich erst später bewerkstelligen. Der Innenminister erklärte sich auch damit einverstanden, die Formel fallenzulassen, der Kurs auf den Aufbau des Sozialismus in der DDR sei „unrichtig“. „Fehlerhaft“ sei allein der „Kurs auf den beschleunigten Aufbau des Sozialismus“. Nachdem sich die Meinungsgegner geeinigt hatten, stimmte am folgenden Tag das Präsidium des Ministerrats der Vorlage Molotows ohne Änderung zu.⁵¹ Damit war der „Neue Kurs“ für die DDR in der Fassung des

48 Sto sorok besed, S. 333. Ein Hinweis ähnlicher Art bei Naumov, Byl li, S. 23.

49 Delo Berija. Plenum CK KPSS. Ijul' 1953 goda. Stenografičeskij otčet, in: Izvestija CK KPSS, Nr. 1/1991, S. 144, 162 (Aussagen Malenkows und Molotows); Sto sorok besed, S. 333f.; Gromyko, Pamjatnoe, S. 505f.

50 Sto sorok besed, S. 334f.; Gromyko, Pamjatnoe, S. 506f.

51 Naumov, Byl li, S. 24f.; Memuary, S. 94. Die von Scherstjanoi, Deutschlandpolitik, S. 515–523, vorgenommene Datierung widerspricht den Feststellungen von Naumov, Byl li, S. 23, die unmittelbar auf den Sitzungsprotokollen des Präsidiums des Ministerrates beruhen. Dagegen stützt sich E. Scherstjanoi nur auf Materialien aus dem Archiv des russischen Außenministeriums (AVPRF), ohne Zeitangaben zu den Sitzungen. Die von ihr vorgenommene zeitliche Zuordnung beruht allein auf einem Dokument, das – möglicherweise später von Hand hinzugefügt – das Datum des 31.5.1953 trägt und als Vorentwurf für die Beschlußvorlage des Außenministeriums gedeutet werden kann, aber nicht unbedingt muß. (Text: Scherstjanoi, Deutschlandpolitik, S. 543–546.) Es muß aufgrund der unzureichenden Evidenz offenbleiben, welche Funktion das Dokument hatte bzw. ob seine Datierung eventuell nachträglich erfolgte und eben nicht den Entstehungszeitpunkt wiedergibt. Auch abgesehen von den Gegenbeweisen, die V. P. Naumov beigebracht hat, ist die Annahme von Scherstjanoi von vornherein unbegründet, daß das Präsidium des Ministerrates dem Außenministerium erst am

Außenministeriums einvernehmlich beschlossen.⁵² Anschließend wurden die Spitzenfunktionäre der SED nach Moskau beordert, um das Dokument als verbindliche Richtlinie in Empfang zu nehmen. Die Übergabe erfolgte am 2. Juni 1953.⁵³

4. Ein Berija-Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands?

Die Vorgänge dienten den Widersachern Berijas nach dessen Sturz als Beweis dafür, daß dieser eine Wiedervereinigung Deutschlands unter „bourgeoisem“ bzw. „imperialistischem“ Vorzeichen angestrebt habe. Als westliche Gegenleistung habe er – lediglich – einen neutralen Status des Landes im Verhältnis zur UdSSR in Aussicht genommen⁵⁴, für den eine vertragliche Form vorgesehen gewesen sei.⁵⁵ Gegen diese These sprechen mehrere Gründe. Die vorliegenden Erinnerungsberichte machen zwar deutlich, daß Berija den von Molotow vorgelegten Entwurf für unbefriedigend hielt, lassen aber offen, welche Konsequenzen er aus seiner Geringschätzung für die DDR und der Beschränkung des Ziels auf ein nur noch friedliches Deutschland zu ziehen gedachte. Das wird auch von einem politischen Weggefährten anerkannt, auch wenn dieser sonst die These eines Plans der demokratischen Wiedervereinigung aufstellt.⁵⁶

Die Schwierigkeiten bei der Ermittlung von Berijas Auffassungen zur DDR-Politik liegen nach wie vor vor allem darin, daß es keine Selbstzeugnisse gibt. Die Skepsis, die der Innenminister unzweifelhaft bezüglich der Stabilität und damit bezüglich des Wertes von Regime und System zum Ausdruck brachte, läßt aber nicht ohne weiteres auf den – ihm von seinen Feinden zugeschriebenen – Willen zur Preisgabe des SED-Staates schließen. Deren Interessen an der Rechtfertigung der politischen wie physischen Ausschaltung ihres Rivalen spielte bei allen späteren Äußerungen über dessen angebliche Absichten eine ausschlaggebende Rolle. Zu welchen Sinnentstellungen es dabei kam, läßt sich an der rückblickenden Darstellung der Äußerungen Berijas auf der Präsidiumssitzung vom 27. Mai 1953 verdeutlichen. Die spätere Anklage des „Verrats“ an der DDR stützte sich ganz wesentlich auf die Aussage, es komme nicht auf den „Sozialismus in Deutschland“, sondern auf ein „friedliebendes Deutschland“ an (wobei die Bezugnahme auf „Deutschland“, wenn faktisch die

27.5.1953 den Auftrag zur Ausarbeitung der Beschlußvorlage für den „Neuen Kurs“ erteilt habe und daß dann innerhalb von nicht mehr als sechs Tagen der Gesamtprozeß (Entwurfserstellung im Ministerium, Erstberatung und – am folgenden Tag – Billigung durch das Ministerratspräsidium sowie Einbestellung der SED-Führung nach Moskau und Aushändigung des Dokuments an sie in der sowjetischen Hauptstadt) durchlaufen worden sein könnte. Selbst im Falle höchster Eile lassen die Moskauer Entscheidungsprozesse angesichts ihrer sonst bekannten Länge dies ausgeschlossen erscheinen.

52 Das in der ZK-Abteilung für die Verbindung mit den auswärtigen kommunistischen Parteien von Sektionsleiter Ivan Kabin darüber verfaßte Dokument vom 30.6.1953, das bei A. M. Filitov/A. Domračeva, *Sovetskaja politika v germanskom voprose (1953–1958): tri osnovnye paradigmy*, in: M. Narinskij, S. 240–242, zitiert wird, bekräftigt zusätzlich die Tatsache, daß sich im „Neuen Kurs“ Berijas Vorstellungen nicht niedergeschlagen haben – andernfalls hätte dieser Kurs nach Berijas Sturz nicht unverändert aufrechterhalten werden können.

53 Text: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 5/1990, S. 651–654.

54 Ebd., S. 162f. (Aussage Molotows).

55 Ebd., S. 157 (Aussage Chruschtschows).

56 Vgl. Sudoplatov, *Razvedka*, S. 415.

DDR gemeint wurde, zu jener Zeit in Moskau nicht ungewöhnlich war). Die Formulierung machte den Sinn eindeutig klar. Nicht die korrekte Einführung des Sowjetsystems, sondern die Herstellung einer engen politischen Verbundenheit mit der UdSSR war wichtig (denn nichts anderes besagte der offizielle Gebrauch des Adjektivs „friedliebend“). Die innerparteilichen Feinde Berijas jedoch machten daraus den Vorwurf, das Interesse der UdSSR auf eine bloß „friedliche“, aber nicht mehr „sozialistische“ DDR reduziert zu haben. Statt einer Beendigung nur des „forcierten Aufbaus des Sozialismus“ habe er ein Ende des „Aufbaus des Sozialismus“ überhaupt angestrebt.⁵⁷ Dabei blieben die Erläuterungen völlig außer Betracht, die Berija dem Außenminister nach dessen eigener Niederschrift am Telefon gegeben hatte.

Der Vorwurf, Berija habe die DDR „verraten“ wollen, wurde zudem erst nachträglich – nach dessen Sturz – formuliert. Zum Zeitpunkt der Beratungen über den „Neuen Kurs“ hegten Berijas Feinde noch keinen Argwohn dieser Art. Sowohl Chruschtschow als auch Malenkov haben ausdrücklich bekundet, ihnen sei der „wahre“ Charakter von Berijas Handeln erst hinterher aufgegangen.⁵⁸ Das läßt es so gut wie ausgeschlossen erscheinen, daß der Innenminister tatsächlich in der ihm später zugeschriebenen Weise offen für eine Preisgabe des SED-Systems plädierte. Vor allem ein so überzeugter Altstalinist wie der Außenminister hätte in diesem Falle sofort – und nicht erst nach der Entmachtung des Widersachers – Verrat gewittert. Auch die Tatsache, daß Berija ausgerechnet bei Molotows Aufklärungsdienst um Einschätzung von Entwicklungen in Politik und Gesellschaft der DDR nachsuchte⁵⁹, läßt sich kaum mit der Vermutung vereinbaren, er habe sich bereits mit der Absicht getragen, den ostdeutschen Staat zu beseitigen.

Was Berija während der Diskussion im sowjetischen Führungsgremium nachweislich geltend machte, lief auf den Einwand hinaus, die vom Außenminister vorgetragene Sicht der Lage in der DDR sei immer noch zu harmlos. Welche über die Vorschläge Molotows hinausgehende Schritte er für erforderlich hielt, blieb offen. Ein russischer Historiker kommt, obwohl er von der Existenz eines Plans demokratischer Wiedervereinigung grundsätzlich überzeugt ist, aufgrund der ihm reichlich verfügbaren Dokumente und Informationen zu dem Schluß, den Anklagen hätten keine stichhaltigen Argumente zugrunde gelegen.⁶⁰ Und schließlich erweist sich auch das Mitte 1953 in hohen Parteikreisen der SED kursierende Gerücht, der Deutschland-Vorschlag Churchills stehe mit Berijas Politik in engem Zusammenhang, anhand der heute verfügbaren Quellen als unbegründete Spekulation: Der britische Premierminister hatte sich geäußert, ohne vorher irgendein „Signal“ aus Moskau erhalten zu haben.⁶¹ Der siegreichen Anti-Berija-Fraktion kam es zudem von

57 Sto sorok besed, S. 333f. Analog: Delo Berija, S. 144, 157, 162f. (Aussagen Malenkows, Chruschtschows und Molotows).

58 Ebd., S. 157, 144.

59 Vladislav M. Zubok, *Soviet Intelligence and the Cold War: The „Small“ Committee of Information, 1952–1953*. Working Paper No. 4, Cold War International History Project, Woodrow Wilson Center for Scholars 1992, S. 16; Valentin Falin, *Politische Erinnerungen*, München 1993, S. 4f. Vgl. Alexander Kluge, *Interview mit einem Jahrhundert*, Hamburg 1995, S. 10f. [Interview mit V. Falin]; M. I. Semirjaga, *Kak my upravljali Germaniej*, Moskau 1995, S. 174.

60 Lew Besymenski, *Sowjetischer Nachrichtendienst und Wiedervereinigung Deutschlands. Der Berija-Plan von 1953*, in: Wolfgang Krieger/Jürgen Weber (Hg.), *Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges*, München 1997, S. 155f.

61 Eine eingehende Analyse bietet Klaus Larres, *Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage*, Göttingen 1995.

vornherein nicht auf die Ermittlung von Tatbeständen an. Wenn das der Fall gewesen wäre, hätte auf irgendeine Weise eine Beweiserhebung bei dem Angeschuldigten stattfinden müssen. Berija aber wurde im Gefängnis an Stellungnahmen zu seiner Sache systematisch gehindert, als hätten seine Widersacher Angst vor jedem Wort, das er äußern könnte. Augenscheinlich sollte alles aus der – intern in der KPdSU zu führenden – Diskussion herausgehalten werden, was einem im voraus festgelegten Konzept nicht entsprach.

Der siegreichen Fraktion im Kreml ging es darum, vor den Funktionären der Partei die vollzogene Entmachtung und geplante Hinrichtung des Führungskollegen als unbedingt notwendig zu rechtfertigen. Innerhalb der so motivierten Anklage spielte die Frage von Berijas Deutschland-Politik eine nicht nebensächliche Rolle. Zwar hatte sich der Verhaftete als ein Haupttäter des Staatsterrors in der Stalin-Zeit schlimmster Verbrechen schuldig gemacht. Aber in der Sicht der zu unbedingter Parteilichkeit erzogenen Kader wog der Vorwurf ungleich schwerer, zum „imperialistischen“ Feind übergewechselt zu sein und „Verrat am Sozialismus“ geübt zu haben. Eine solche Anklage war zudem geeignet, die kommunistische Bewegung von der kriminellen Last Berijas zu befreien, weil dieser ihr dann ja nicht mehr angehörte. Da allem Anschein nach auch sonst keine Fakten professionell erhoben wurden, beruhten die Feststellungen, die auf der folgenden ZK-Tagung zur Rechtfertigung des Putsches getroffen wurden, auf willkürlicher Zuschreibung.

Die verwendeten Argumente erlauben Rückschlüsse auf die Art des Zustandekommens. Ausgangspunkt war die These von dessen generell negativer Einstellung zum Sozialismus. Die sachliche Grundlage für diesen Vorwurf war der Tatbestand, daß der Innenminister, der in den staatlichen Institutionen seine Machtbasis besaß, diese auf Kosten des Parteiapparats, der Stütze seines Widersachers Chruschtschow, zu stärken suchte. Im Lichte dieses Verständnisschlüssels verwandelte sich die Skepsis, die er gegenüber der DDR bekundete, in die Absicht zu deren Preisgabe. Der damit hergestellte Tatbestand eines Verrats am ostdeutschen Sozialismus diente dann als Beleg für die Behauptung, daß Berija generell zum Verrat am Sozialismus bereit gewesen sei.⁶² Da die antisozialistische Haltung des Angeschuldigten schon die Ausgangsprämisse der Beweiskette gewesen war, handelte es sich faktisch um einen Zirkelschluß.

Die Zuschreibung von undifferenziert-totaler Schuld öffnete die Tür zu beliebigen und umfassenden Anklagen. Berija war demnach ein mit dem westlichen „Imperialismus“ verbundener bzw. zu diesem übergelaufener „Provokateur“, „Spion“ und „Verräter“, dessen Aktivitäten sich insgesamt gegen das sozialistische Lager gerichtet hätten.⁶³ Gleichzeitig ließ es die Anti-Berija-Fraktion an konkreten Angaben über die vorgeblichen Absichten des gestürzten Kollegen fehlen.⁶⁴ Statt dessen erklärten die Sieger des Machtkampfs in der Moskauer Führung nach stalinistischem Muster, ideologisch falsches Bewußtsein habe ihren Feind zum Wechsel der Klassenfront bewogen. Ideologische Prämissen, nicht reale Tatbestände wurden zu den Beweismitteln, die das Urteil über die Handlungen des Angeschuldigten in der deutschen Frage bestimmten.

62 Vgl. die bezeichnende Äußerung Molotows in Delo Berija, S. 163.

63 Vgl. u.a. ebd., S. 152, 157, 164, 174.

64 So ausdrücklich das damalige Führungsmitglied Kaganowitsch (F. I. Čuev, Tak govoril Kaganovič: Isproved' stalinskogo apostola, Moskau 1992, S. 66).

5. Vorbereitung geheimdienstlicher Kontakte in der Deutschland-Frage?

Nach Versicherungen des damaligen Leiters der Auslandsaufklärung, Pawel Sudoplatow, trug sich sein damaliger Vorgesetzter Berija mit dem Gedanken, die DDR in einem wiedervereinigten Deutschland aufgehen zu lassen und darüber mit dem Westen in Verhandlungen einzutreten. Das ostdeutsche Gebiet sollte demnach zu einer „autonomen Provinz“ des von Kommunisten und Nicht-Kommunisten gemeinsam zu regierenden Gesamtstaates werden; für diesen wurde der Status eines neutralen Puffers zwischen der UdSSR und den USA vorgesehen.⁶⁵ Unter Berufung auf die gleiche Quelle, aber ohne deren ausdrückliche Bestätigung fügte der russische Historiker Lew Besymenskij hinzu, daß es Berija nicht allein um die genannte Regelung der deutschen Frage, sondern wesentlich auch um eine westliche 10-Milliarden-Dollar-Hilfe für die zunehmend in Schwierigkeiten geratene sowjetische Wirtschaft gegangen sei.⁶⁶ Sudoplatow selbst spricht statt dessen davon, daß die Frage der deutschen Vereinigung wegen der auf der UdSSR lastenden Versorgung der DDR und Polens mit billigen Rohstoffen akut gewesen sei und daß Berija dem drohenden Vorwurf des Verrats an der DDR durch die Aushandlung „kompensatorischer Zahlungen“ an die UdSSR habe begegnen wollen.⁶⁷ Diese Darstellung befremdet zumindest insoweit, als im Frühjahr 1953 angesichts der damals noch praktizierten stalinistischen Ausbeutung der abhängigen Länder, insbesondere der besetzten deutschen Gebiete, von den späteren „Kosten des Imperiums“ für Moskau keine Rede sein konnte.

Auch anderswo lassen sich dem Memoirenschreiber grobe Verwechslungen nachweisen – etwa dort, wo Wollweber, der seiner Vergangenheit als hauptamtlicher Mitarbeiter des KPD-Geheimapparats im unmittelbaren Dienst der UdSSR (seit 1933) ungeachtet, bis Juli 1953 die Funktion eines Staatssekretärs im DDR-Verkehrsministerium bekleidete, für Mai des gleichen Jahres als ostdeutscher Minister für Staatssicherheit vorgestellt wird.⁶⁸ Auch wird Stalins Deutschland-Note, die vom 10. März 1952 datiert, in das Jahr 1951 verlegt. Mögen sich diese Unstimmigkeiten, so gravierend sie sachlich auch sind, durch das Fehlen dokumentarischer Unterlagen erklären, weswegen der Verfasser – außer auf seitherige Veröffentlichungen – allein auf sein Gedächtnis angewiesen war, so weist die Darstellung doch erheblich weitergehende Mängel auf: Eine russische Expertin ist bei Überprüfung des Buches von Sudoplatow zu dem Schluß gekommen, daß dieses von Bagatellisierungen, Auslassungen und Falschangaben wimmele, die von persönlichen bzw. institutionellen Bedürfnissen bestimmt seien.⁶⁹ Da es im Blick auf die Frage des Deutschland-Plans von Berija nur generelle Gründe für Skepsis gegenüber Sudoplatows Angaben, aber praktisch keine davon unabhängige Evidenz gibt, muß der Historiker die Darstellung zunächst hypothetisch akzeptieren und hoffen, daß sich bei näherem Hinsehen Urteilkriterien ergeben.

65 Sudoplatow, *Razvedka*, S. 414.

66 Besymenskij, *Berija will*; Besymenskij, *Sowjetischer Nachrichtendienst*, S. 157f.

67 Ebd., S. 416, 414.

68 Ebd., S. 415. Diese Funktion wurde damals von Wilhelm Zaisser wahrgenommen; Wollweber löste ihn erst im Juli 1953 ab und erhielt dann nur den Titel eines Staatssekretärs.

69 Elena Egereva/Pavel Sudoplatov: „Iz menja delali kozla otpuščenija“, in: *Novoe vremja*, 39/1996, S. 40–42.

Nach Besymenskij machte Berija Sudoplatow im April oder Mai 1953 mit seinen Absichten bezüglich Deutschlands bekannt.⁷⁰ Im Mai ließ er laut Sudoplatow einen Mitarbeiter namens Grigulewitsch in die sowjetische Hauptstadt kommen, um ihn bei einer möglichen Vereinigung Deutschlands und bei der angestrebten Regelung des Verhältnisses zu Jugoslawien zu verwenden.⁷¹ Wie Sudoplatow und, sich auf diesen berufend, Besymenskij übereinstimmend versichern, suchte Berija anschließend über Geheimdienstagenten im Westen, Olga Tschechowa und Fürst Janusz Radziwiłł, mit Washington und Bonn Kontakt aufzunehmen, um die Erfolgsaussichten seines Vorhabens zu sondieren. Diese Bemühungen seien nicht zuletzt wegen ihres heiklen Charakters im innersowjetischen Kontext unter strengster Geheimhaltung erfolgt. Außer dem für einschlägige Aufgaben vorgesehenen Grigulewitsch und der nach Ost-Berlin als Sudoplatows persönliche Vertraute entsandten Soja Rybkina habe nur noch Wollweber von dem Projekt gewußt. Im Augenblick der Verhaftung Berijas habe es noch keine Verbindung zu den westlichen Adressaten der Offerte gegeben, so daß sich die Aktion ohne Schwierigkeiten abbrechen ließ.⁷²

Diese Angaben bieten in vierfacher Hinsicht Anlaß zum Erstaunen. Zum einen erscheint es als eine geradezu abenteuerliche Vorstellung, daß Berija, der zwar nicht die Bedrohtheit seiner Position erkannte, aber sich doch darüber im klaren war, daß diese vorerst nicht als konsolidiert gelten konnte, hinter dem Rücken seiner Führungskollegen und entgegen deren unzweideutig bekundetem Willen in einer zentralen außenpolitischen Frage eine Aktion eingeleitet haben soll. Damit war zwangsläufig ein besonders hohes persönliches Risiko verbunden. Zweitens wäre es – zumal angesichts des während des Kalten Krieges im Ost-West-Verhältnis angesammelten Argwohns – erstaunlich, wenn Berija gemeint haben sollte, daß er auf höchst unübliche, die Absicht in Zweifel ziehende Weise in westlichen Hauptstädten jenes Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Seriosität seines Vorschlags gewinnen könne, dessen er bei (auch für westliche Politiker nicht unproblematischen) Deutschlandverhandlungen bedurfte. Drittens hätte man im Falle eines sowjetischen Gesprächsangebots erwarten dürfen, daß sich dessen Urheber dabei auf die von Churchill bekundete Bereitschaft beziehen oder zumindest dessen Regierung in die Initiative hereinnehmen würde. Aber nach Sudoplatows Darstellung sollte gerade London draußen gelassen werden. Viertens läßt sich kaum erklären, wieso Berija seine Hoffnungen auf ein politisches Geschäft in der deutschen Frage ausgerechnet auf Eisenhower (der in Moskau als besonders rabiater Feind der UdSSR galt) und auf Adenauer (dessen Ablehnung aller Wiedervereinigungsofferten er noch ein Jahr zuvor aufgrund der ihm von der Auslandsaufklärung vorgelegten Informationen für ganz besonders sicher gehalten hatte⁷³) gesetzt haben soll. Während sich die beiden ersten Einwände allenfalls durch Hinweise auf Berijas mutmaßliche Mentalität und Lagewahrnehmung denkbarerweise entkräften lassen, erscheint beim dritten und vierten Argument kein Gegenargument plausibel.

Unter diesen Umständen ist die Tatsache fatal, daß die Darstellungen Sudoplatows und des auf ihn sich stützenden Besymenskij genau in jene Lücke plaziert sind, welche jeder Spekulation eine Möglichkeit läßt. Ein niemals zur praktischen Reife gelangter Plan für eine

70 Besymenski, Sowjetischer Nachrichtendienst, S. 157f. B. beruft sich bei dieser Angabe auf eine Mitteilung Sudoplatows und auf eine Unterlage aus dem Staatsarchiv der Russischen Föderation, von der allerdings nicht klar ist, auf welchen Sachverhalt sie sich im einzelnen bezieht.

71 Sudoplatow, Razvedka, S. 405.

72 Ebd., S. 414f.; Besymenski, Berija will; Besymenski, Sowjetischer Nachrichtendienst, S. 159.

73 Semjonow, Von Stalin, S. 392.

geheimdienstliche Aktion ist seiner Natur nach ein Vorgang, der sich kaum in Akten niedergeschlagen hat. Das Gedächtnis der Beteiligten, von denen der inzwischen verstorbene Sudoplatow der letzte gewesen ist, läßt sich da auf durchaus schlüssige Weise als entscheidendes Beweismittel präsentieren. Das ist im vorliegenden Fall unzweideutig geschehen. Dabei hat Besymenskij nachbohrende Fragen von vornherein durch den Hinweis abgeschlossen, daß auf eine ebenso unerklärliche wie systematische Weise in den frühen neunziger Jahren alle einschlägigen Archivunterlagen verschwunden seien.⁷⁴ Die Herkunft beider Autoren läßt es zudem plausibel erscheinen, daß sie sich institutionellen Interessen verpflichtet fühlten. Sofern und soweit dies tatsächlich der Fall ist, erscheint als primäres Motiv das Bestreben vorstellbar, den sowjetischen Geheimdienst im allgemeinen und dessen Repräsentanten Berija im besonderen als Vorkämpfer eines Interessenausgleichs mit dem Westen am Beispiel einer frühzeitig einvernehmlich angestrebten Vereinigung Deutschlands zu präsentieren.⁷⁵ Daß so etwas nicht völlig abwegig ist, belegen die Memoiren von Berijas Sohn. Diese enthalten eine Fülle nicht zutreffender Tatsachenbehauptungen, deren offensichtlicher Zweck es ist, den Vater politisch zu rechtfertigen, indem diesem vor dem Hintergrund der 1989/90 erreichten deutschen Einheit für das Frühjahr 1953 ein entsprechender Plan zugeschrieben wird, der ihn als ebenso verständniswilligen wie weitblickenden Staatsmann ausweisen soll.⁷⁶

Wenn alle Zweifel zu Unrecht bestünden und die Schilderungen von Sudoplatow und Besymenskij zuträfen, würde dies zwar das Urteil über Berijas Politik in dessen Endphase, nicht aber die Tatsache ändern, daß der „Neue Kurs“ nicht auf ein Verhandlungsangebot an die westliche Seite abzielte und daß es auch keine andere sowjetische Initiative in diesem Sinne gab. Denn Berijas Pläne, die beide Autoren schildern, sind ausdrücklich niemals auch nur bis zu den ersten Anfängen einer Aktion gediehen. Auch haben die Moskauer Widersacher des Gestürzten niemals auch nur andeutungsweise von der Existenz einer solchen Initiative erfahren. Davon zeugt sowohl das bei den vorgebrachten Anschuldigungen festzustellende Fehlen aller einschlägigen Hinweise (welche die Überzeugungsarbeit der Ankläger außerordentlich erleichtert hätte) als auch die Tatsache, daß ausgerechnet der als Verbin-

74 Besymenski, Berija will.

75 Als Hinweis auf eine solche Absicht könnte die Überschrift verstanden werden, die Lew Besymenskij einem seiner einschlägigen Artikel gegeben hat: „Sowjetischer Nachrichtendienst und Wiedervereinigung Deutschlands: Der Berija-Plan von 1953“.

76 Die These, sein Vater habe schon 1953 jene demokratische Wiedervereinigung Deutschlands im Auge gehabt, die schließlich 1989/90 nach endlosen und unnötigen Verzögerungen zustande gekommen sei (Sergo Berija, *Moj otec – Lavrentij Berija*, Moskau 1994, S. 360f.; „Stalin weiß, was er tut“. Sergo Alexejewitsch Gegetschkori über seinen Vater Lawrentij Berija, in: *Der Spiegel*, Nr. 8/1996, S. 154), soll dabei nicht zuletzt auch die von diesem begangenen Untaten vergessen machen. Die Zuverlässigkeit des Berichts muß aus einer Reihe von Gründen skeptisch beurteilt werden: 1. Es wäre verwunderlich, wenn Berija seinem Sohn seine näheren politischen Absichten sowie den Sitzungsverlauf in Führungsgremien geschildert hätte, wie dessen Schilderungen es voraussetzen; 2. Die Darstellung des Sohnes enthält in weiten Bereichen, etwa im Zusammenhang mit Sturz und Haft des Vaters, abenteuerliche Thesen, die aufgrund anderer Evidenz als falsifiziert gelten müssen (vgl. insbes. Berija, S. 386–401, mit Naumov, *Posle smerti*, S. 148–151; Starkov, *Sto dnej*, S. 86; Dokumente in: *Istočnik*, 4/1994, S. 3–8); 3. Der Sohn ist bestrebt, seinen Vater als großartigen, weitblickenden Staatsmann darzustellen, der von niederträchtigen, ideologisch beschränkten Rivalen aus Motiven des Hasses und der Eifersucht zugrunde gerichtet worden sei – und dies soll u. a. durch den (nach der deutschen Vereinigung von 1989/90 mit positivem Akzent versehenen) Hinweis auf Berijas Eintreten für einen westlich-demokratischen Wiederzusammenschluß des geteilten Landes plausibel gemacht werden.

dungsmann in Ost-Berlin genannte Ernst Wollweber nach dem Sturz Berijas an die Spitze des ostdeutschen Staatssicherheitsdienstes gestellt wurde. Als weiteres Indiz muß gelten, daß Sudoplatow, an dem sich Chruschtschow etwas später mittels Inhaftierung und Verurteilung für einen früheren Schmerz rächte⁷⁷, nicht wegen Beteiligung an Berijas „Verrat“ belangt und daher auch nicht mit dem Tode bestraft wurde.

6. Zusammenhang zwischen Berijas Politik und der Zaisser-Herrnstadt-Affäre?

Nach den Erwägungen, welche die sowjetische Führung dem „Neuen Kurs“ zugrunde gelegt hatte, lag ein nicht unwesentlicher Teil der Schuld für die desolante Situation der DDR bei Ulbricht und seiner Linie des forcierten Sozialismus. Es war nur konsequent, wenn Abhilfe nicht allein durch eine Milderung der Sowjetisierungspolitik, sondern auch durch eine Zurückdrängung von deren Hauptexponenten an der Spitze der SED gesucht wurde. Die daraufhin geäußerte Kritik der Hochkommission und insbesondere auch ihres Leiters, Semjonow, am Verhalten des Generalsekretärs, ermutigte zahlreiche ostdeutsche Kommunisten, ihrem lange aufgestauten Unmut über die selbtherrlichen Führungspraktiken und verletzenden Umgangsformen Ulbrichts Ausdruck zu verleihen. Mitte Juni 1953 war ein Stadium erreicht, in dem die Spitze der Partei mit nur wenigen Ausnahmen auf Strukturreformen drang, welche die Macht des SED-Chefs künftig einer wirksamen Zügelung unterwerfen würde. Das Politbüro setzte einen Ausschuß ein, der entsprechende Vorschläge ausarbeiten sollte. Der Vorsitzende des Gremiums, Rudolf Herrnstadt, ging mit Feuereifer an seine Aufgabe. Das erregte ebenso das besondere Mißfallen Ulbrichts wie die große Autorität, über die der ebenfalls für eine Umverteilung der Machtgewichte eintretende Staatssicherheitsminister Wilhelm Zaisser verfügte. Aber solange die sowjetischen Sympathien auf seiten der Veränderer waren, ließ sich gegen beide nichts unternehmen.⁷⁸

Durch Berijas Sturz änderte sich die Lage. Wie es scheint, erkannte Ulbricht sofort die sich ihm bietende Chance: Der Zaisser entsprechende und ihm vorgeordnete Spitzenfunktionär in Moskau war entmachtet und auf die Anklagebank gesetzt – mit der unausweichlichen Folge, daß es angesichts der engen Verflechtungen zwischen den Staatssicherheitsapparaten von UdSSR und DDR kaum allzu schwerfallen konnte, eine Verbindung zwischen beiden Männern und ihrer Politik herzustellen. Als der SED-Generalsekretär darüber hinaus noch – wahrscheinlich sehr rasch, aufgrund seiner exzellenten Kontakte in der sowjetischen Hauptstadt jedenfalls sehr viel früher als seine Politbürokollegen – erfuhr, daß Berija das Eintreten für weitreichende innen- und außenpolitische Veränderungen als Verrat am Sozialismus ausgelegt wurde, vergrößerten sich die Diffamierungsmöglichkeiten bei den sowjetischen Machthabern weiter. Die Bemühungen der Ulbricht-Kritiker in der SED ließen

77 1945 hatte sich Sudoplatow der Bitte Chruschtschows verschlossen, dessen wegen Illoyalität gegenüber der UdSSR in der Zeit seiner deutschen Gefangenschaft angeklagten Sohn durch ein schuldverneinendes Gutachten vor dem Tod zu retten.

78 Vgl. hierzu vor allem: Helmut Müller-Enbergs, *Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni*, Berlin 1991, insbes. S. 181–183, 225f., 248–258; Rudolf Herrnstadt, *Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953*, hg. und eingel. von Nadja Stultz-Herrnstadt, Reinbek 1990, insbes. S. 73–97.

sich nun mit der offiziell festgestellten antisozialistischen Politik des gestürzten sowjetischen Innenministers in eine Linie rücken.

Auf dieser Basis gelang es dem SED-Generalsekretär, die Sieger im Moskauer Machtkampf davon zu überzeugen, daß ihren Interessen in der DDR nicht durch Unterstützung der Veränderungstendenz, sondern durch Bewahrungspolitik und durch Maßnahmen gegen den auch dort zu Mißachtung der Parteiautorität neigenden Leiter des Staatssicherheitsapparats gedient sei. Auf diese Wende waren seine Kritiker nicht vorbereitet. Semjonow, an dessen Haltung sich die im Kreml herrschende Tendenz stets zuverlässig ablesen ließ, hatte sich noch unmittelbar vor seiner Abreise nach Moskau Ende Juni⁷⁹ auf ihre Seite gestellt.⁸⁰ Welche Kanäle Ulbricht benutzte, um den Kreml für seine Positionen zu gewinnen, ist nicht bekannt. Der Erfolg des Bemühens begann sich jedoch in kurzer Frist abzuzeichnen. Seit der Politbürositzung vom 3. Juli begann der SED-Chef aufzutumpfen. Seine auf Veränderung ausgehenden Kollegen erfaßten anscheinend zunächst noch nicht, daß sich der Wind aus Moskau gedreht hatte: Sie hielten dagegen. Am Abend des 7. Juli reisten auf Veranlassung der Kremlführer Ulbricht und Grotewohl in die sowjetische Hauptstadt ab, um, wie sich bei der Ankunft herausstellte, eine Unterrichtung über den Fall Berija entgegenzunehmen. Dabei wurde ihnen augenscheinlich auch in aller Form mitgeteilt, daß die Besatzungs- und Hegemonialmacht gegen die Veränderer in der SED optiert hatte. Jedenfalls gab es in Ost-Berlin nach Rückkehr der beiden Politiker keinen Zweifel mehr daran, daß sich der Generalsekretär auf ganzer Linie durchgesetzt hatte und daß Zaisser und Herrstadt als Exponenten der Gegenrichtung ihre Positionen verloren.⁸¹

Die Instrumentalität der Anklage, beide SED-Spitzenfunktionäre hätten mit Berija gemeinsame Sache gemacht und auf eine Preisgabe der DDR hingewirkt, läßt die Berechtigung der These von vornherein zweifelhaft erscheinen. Was über die Biographie der zwei Politiker und über die von ihnen im Mai/Juni 1953 zu anstehenden Fragen bezogene Stellung bekannt ist, verstärkt die Skepsis.⁸² Da es aber gleichwohl nicht völlig auszuschließen ist, daß die Anschuldigung in irgendwelchen Punkten nicht aus der Luft gegriffen war, müssen die zur Begründung angeführten Argumente im einzelnen geprüft werden. Der Ort, an dem diese vom Generalsekretär und seinen Leuten vorgebracht wurden, war das Zentralkomitee. Nach Moskauer Vorbild wurde eine zweitägige Sitzung einberufen mit dem Ziel, das Vorgehen gegen die Angeschuldigten vor der Partei zu rechtfertigen. Anders aber als in der sowjetischen Hauptstadt wurden die Adressaten der Vorwürfe in die Präsentation des

79 Der genaue Zeitpunkt ist nicht zu ermitteln, aber mit Sicherheit nach Berijas Sturz anzusetzen.

80 Vgl. Herrstadt, Herrstadt-Dokument, S. 97. Noch am 9.7.1953 wurde im sowjetischen Außenministerium die Endfassung einer Vorlage erstellt, die auf dem früheren Postulat (dessen Obsoletheit sich unter den Bearbeitern noch nicht herumgesprochen hatte) basierte, daß die Führung der SED/DDR auf Kosten von Ulbrichts bisheriger Machtfülle reorganisiert werden müsse. Vgl. Faina Novik, Die sowjetische Deutschland-Politik 1953–1956, in: Gerhard Wettig (Hg.), Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 57.

81 Herrstadt, Herrstadt-Dokument, S. 84–120; Müller-Enbergs, Fall, S. 225–244.

82 Herrstadt wandte sich beispielsweise gegen die im „Neuen Kurs“ vorgesehene Abwendung von den bisherigen Vorbereitungen auf eine Kollektivierung im Agrarbereich. Über seine politische Haltung Mitte 1953 insgesamt bietet seine Niederschrift (Herrstadt, Herrstadt-Dokument) einen Überblick, der vor dem Hintergrund der sonst verfügbaren Quellen als zuverlässig anzusehen ist. Von Zaisser, der in der Vergangenheit großes Engagement im Dienste Moskaus gezeigt hatte (wie etwa während des spanischen Bürgerkriegs), ist ebenfalls nichts bekannt, was auf eine schwankende Loyalität gegenüber der Sache der Sowjetunion und des Kommunismus schließen lassen könnte.

„Falles“ einbezogen. Ulbricht war sich sicher, daß er kein Risiko einging. Allzu mächtig waren die Disziplinierungsinstrumente, über die er kraft des sowjetischen Rückhalts verfügte: Zaisser und Herrstadt mußten über die bereits erlittene Entmachtung hinaus weitere Repressalien – nicht zuletzt auch moralische Strafen – befürchten, wenn sie sich weigerten, das Spiel mitzuspielen, und statt dessen versuchten, ihren Widersacher bloßzustellen. Als überzeugte Kommunisten sahen sie etwa in der Möglichkeit des Parteiausschlusses eine über die offizielle Feststellung ihres Fehlverhaltens noch weit hinausgehende persönliche Katastrophe⁸³, nämlich die Vertreibung aus jener politischen Heimstatt, die für sie der Inbegriff alles Guten und der Zukunftsgewißheit war. Auch ließ sich mit Erfolg an ihr Bewußtsein appellieren, daß nichts eine Besudelung des Ehrenschildes der Partei rechtfertige. Und schließlich galt das stalinistische Postulat von Kritik und Selbstkritik, das den Angegriffenen die Pflicht auferlegte, die Beschuldigungen durch eigenes Einstimmen in den Chor des Vorwurfs zu bestätigen.

Auf dem 15. Plenum des Zentralkomitees der SED vom 24. bis 26. Juli 1953 stellte Grotewohl zu Anfang heraus, daß der „Neue Kurs“ analog zu Lenins Neuer Ökonomischer Politik von 1921 allein dem Zweck diene, den Transformationsprozeß zum Sozialismus abzubremsen, nachdem sich dieser als allzu rasch erwiesen habe. Es gelte zu warten, bis die „Massen“ nachgekommen seien.⁸⁴ Mit der bereits vom SED-Politbüro getroffenen Feststellung, daß am 17. Juni der Staatssicherheitsdienst „versagt“ habe, und der daraus abgeleiteten Forderung, daß dieser fortan seine Arbeitsweise ändern und eng mit Partei und Bevölkerung verbinden müsse⁸⁵, nahm er Zaisser ins Visier. Dessen Aufklärungstätigkeit hatte demnach mangels ideologisch richtigen Verhaltens, d. h. wegen des zur Partei in Gestalt von Ulbrichts Sekretariat nicht gehaltenen engen Kontakts, versagt. Dieser Vorwurf stellte zugleich eine Parallele zur Politik Berijas her, aus dessen Bestreben, staatliche Institutionen auf Kosten der Partei zu stärken, ein Abrücken vom Kommunismus konstruiert worden war.

Anschließend hakte Ulbricht nach und erläuterte, das Versagen der Staatssicherheit sei darauf zurückzuführen, daß deren Leitung sich nicht auf die Bekämpfung der „faschistischen Untergrundbewegung“ konzentriert habe. Statt dessen seien von ihr „Tendenzen der Arroganz gegenüber der Partei“ gefördert worden. In dem typischerweise „ideologisch und organisatorisch vernachlässigten Zustand der Parteiorganisation im Ministerium für Staatssicherheit“ sah der SED-Generalsekretär ein klares Indiz für den von Zaisser eingeschlagenen falschen Kurs und für seinen fehlenden Willen, sich der Führung durch die Partei unterzuordnen. Das Verdikt wurde auch auf Herrstadt als seinen angeblichen Verbündeten bezogen. Die eingeschlagene falsche politische Richtung charakterisierte der SED-Chef als ihrem Wesen nach sozialdemokratisch und als „Standpunkt der Unterwerfung [unter den Klassenfeind]“. Daraus leitete sich dann eine direkte Verbindung zu „Berijas gegen Partei und Staat gerichteter Aktivität“ ab, die auf „die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Deutschen Demokratischen Republik“ abgezielt habe und eine „Kapitulationspolitik“ gewesen sei.⁸⁶

83 Das stellt zu Recht Zaisers seinerzeitiger politischer Weggefährte Markus Wolf heraus. Vgl. Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997, S. 81f.

84 Stenografische Niederschrift der 15. Tagung des ZK der SED, 24.–26.7.1953 (Teil I), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der früheren DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/1/119; Bl. 28–31.

85 Ebd., Bl. 51.

86 Ebd., Bl. 102–111.

Bei dieser Darlegung handelte es sich um nicht mehr als eine ideologische Deduktion, deren logische Verknüpfungen oft weit hergeholt waren. Es stellt sich damit die Frage, ob sich die Anklage auch auf konkrete Tatbestände gründete. Die Angriffe, die sich in den folgenden Stadien der ZK-Tagung gegen Zaisser und Herrstadt richteten, waren zwar meist äußerst scharf, aber durchweg ohne reale Substanz. Die Beschuldigten ihrerseits räumten zwar die verschiedensten politischen oder auch professionellen Mängel ein, wiesen aber die Zweifel an ihrer Loyalität gegenüber Partei und Sozialismus unbedingt zurück.⁸⁷ Zaisser entschuldigte seinen Vorschlag, Herrstadt in eine führende Position an der Spitze der Partei zu bringen, mit der Erklärung, er habe Ulbricht nicht ablösen, sondern dessen Sekretariat durch einen neuen, professionell qualifizierten Mann erweitern wollen, und fügte hinzu, das sei mit niemandem abgesprochen gewesen und auf keine Weise organisatorisch vorbereitet worden.⁸⁸

An diesem Punkt ließ die andere Seite eine politische Bombe hochgehen. Fritz Lange, ein hochrangiger, für Staatssicherheitsangelegenheiten zuständiger Funktionär des Parteiapparats, der seit vielen Jahren mit diesen Fragen zu tun hatte, sprach von einer drei oder vier Tage vor dem 17. Juni gemachten „reichlich verdächtigen Bemerkung“ Zaisers. Dieser habe ihm vorgehalten, anscheinend noch nicht begriffen zu haben, wohin die Reise gehe, und auf eine völlige Wendung der UdSSR hingewiesen, die auf ein wechselseitiges Entgegenkommen von Ost und West ausgerichtet sei. Dabei müsse sich der Westen nur wenig bewegen, während die eigene Seite „ein ganzes Ende“ zurückzugehen habe. An diesem Punkt konnte Zaisser vor Empörung nicht mehr an sich halten und rief: „Fritz, du lügst doch! Das ist eine Lüge! Das habe ich nie gesagt!“ Das hinderte den Angesprochenen nicht daran, ungerührt fortzufahren und zu erklären, es sei weiter von freien Wahlen in ganz Deutschland, der Bildung einer bürgerlichen Regierung und der Übernahme einer Oppositionsrolle durch die SED die Rede gewesen. Zaisser war zunächst fassungslos und verlangte dann genaue Angaben über die Umstände des angeblichen Gesprächs. Das verweigerte Lange und wiederholte seine Aussage. Der – sein damaliges Stillschweigen rechtfertigende – Hinweis, er habe die Bedeutung der Worte erst später nach Berijas Entlarvung verstanden, überrascht, denn schließlich ließ sich die behauptete Äußerung über die nicht-kommunistischen Verhältnisse in dem wiederzuvereinigenden Land ohne weiteres aus sich selbst heraus begreifen. Zaisser blieb bei seinem Vorwurf der Lüge und deutete sowohl die Existenz eines Beweises hierfür als auch die Kenntnis des Motivs für Langes Behauptung an. Es kam jedoch zu keiner Klärung des Sachverhalts, weil er in offen bekundetem Gefühl der Hilflosigkeit nicht wagte, konkrete Tatsachen auszusprechen.⁸⁹ Herrstadt gab mit einer weiteren Stellungnahme keinen Aufschluß als das unbeabsichtigte implizite Eingeständnis, daß er eine Randfigur war, die zur Klärung nichts beitragen konnte.⁹⁰

Ulbricht formulierte in seinem Resümee den abschließenden Schuldspruch, die beiden zur Diskussion stehenden Funktionäre hätten „Forderungen nach Kapitulation“ gestellt, und er warf Zaisser vor, ohne Wissen des Politbüros eine „Konzentration aller Kräfte“ im DDR-Innenministerium mit zwei von Berija geschickten sowjetischen Offizieren diskutiert zu haben. Er benutzte also einen sowjetischen Besuch beim DDR-Staatssicherheitsminister (der angesichts der engen Verflechtung zwischen den entsprechenden Diensten beider Län-

87 Ebd., Bl. 187–301.

88 Stenografische Niederschrift, wie angegeben (Teil II), SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/120, Bl. 60–67.

89 Ebd., Bl. 86–90.

90 Ebd., Bl. 118–122.

der nicht ungewöhnlich war und daher keinen Beweiswert hatte⁹¹) zum Beweis konspirativer Machenschaften der Staatssicherheit. Daran schloß sich das Verdikt an, Zaisser hasse die SED und ihre Organe.⁹² Diese Verurteilung beruhte auf willkürlichen Zuschreibungen und Kombinationen, nicht auf konkreten Fakten. Das die anwesenden ZK-Mitglieder am meisten von der Schuld der beiden Entmachteten überzeugende Argument dürfte die – nachweislich unrichtige – These gewesen sein, die vom Kreml verfügte Einführung des „Neuen Kurses“ gehe auf Berija zurück und habe dem Ziel gedient, die Preisgabe der DDR vorzubereiten. Von dieser Annahme her ließ sich das Bestreben der Ulbricht-Gegner ohne Schwierigkeit als gravierende Verfehlung hinstellen.⁹³

Insgesamt ist die These vom Zusammenwirken Zaisers und Herrnstadts mit Berija in keiner Weise überzeugend. Die dürftigen Informationen, die über allgemeine, auf ideologischer Logik beruhende Unterstellungen hinausgehen, geben zu skeptischer Beurteilung Anlaß: Was Lange vortrug, traf auf den entschiedenen Widerspruch des Betroffenen und wurde anschließend nicht geklärt, weil sie nicht beweisbar waren. Dieser Rückschluß wird bestätigt durch den Befund einschlägiger sowjetischer Archivadokumente, die darlegen, daß Zaisser als der politisch wesentliche Akteur des beschuldigten Duos keine deutschlandpolitischen Kontakte zu Berija hatte.⁹⁴ Wenn im Blick auf Herrstadt noch ein Beleg notwendig erscheinen sollte, dann liegt dieser mit dem Bemühen dieses Funktionärs um Rehabilitation und der zu diesem Zweck verfaßten ausführlichen Darstellung der Geschehnisse vor.⁹⁵ Zudem erweist sich die These der Anklage, Zaisser und Herrstadt hätten sich zu einer „Fraktion“ mit einer gemeinsamen „Plattform“ innerhalb der SED-Führung formiert, als Unterstellung: Die fragliche Niederschrift stammt allein von Zaisser, während Herrstadt von ihr sowohl nach dessen Zeugnis auf der ZK-Sitzung als auch nach plausiblen Bekunden in seinem eigenen Rechtfertigungsbericht keine Kenntnis hatte.

-
- 91 Das Fehlen von Beweisen für den behaupteten Berija-Auftrag und Gesprächsinhalt gab sogar Ulbricht zu erkennen, als er von einem bloßen „Argwohn“ sprach, der aber dann in seinen weiteren Ausführungen unvermerkt den Stellenwert eines Beweises erhielt.
- 92 Stenografische Niederschrift (Teil II), Bl. 173–203, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/120. Dieser Text ist wörtlich abgedruckt in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12.6.1957, S. 364–370.
- 93 Stenografische Niederschrift (Teil II), Bl. 199, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/120, Bl. 199. Von da an galt es auch unter den höchsten SED-Kadern als ausgemacht, daß der „Neue Kurs“ ein Auswuchs der gegen die anderen Sowjetführer gerichteten Politik Berijas gewesen war (vgl. u. a. Hermann Axen, der diese Meinung noch 1993 in seinem Interview mit Harald Neubert vertrat, in: Neues Deutschland, 25.6.1993).
- 94 Vgl. Alexander M. Filitov, *Germanskij vopros: ot raskola k soedineniju*, Moskau: Meždunarodnye otnošenija 1993, S. 155. Demnach ließ Zaisers Stellvertreter Erich Mielke, der sich Hoffnungen auf die Nachfolge machte, Mitarbeiter der Staatssicherheit falsche Beweismittel herstellen. Das dürfte die Basis für die Anschuldigung zweier Staatssicherheitsoffiziere gewesen sein, Zaisser habe sich bereits seit langer Zeit für ein „bürgerliches Deutschland“ ausgesprochen, vgl. Ingrid Bennewitz, *Statt der DDR ein bürgerliches Deutschland?*, in: Neue Zeit, 24.4.1993. Die Aussage bei Semjonow, *Von Stalin*, S. 292, Zaisser habe sich auf einer Sitzung des SED-Politbüros offen für „die Liquidierung der DDR im Interesse der internationalen kommunistischen Bewegung“ ausgesprochen, muß als nachträgliche Rechtfertigungsthese gelten. Denn ein solches offen geäußertes Plädoyer wäre geeignet gewesen, den Urheber im Kreise der SED-Führung und bei den Vertretern der Besatzungsmacht, insbesondere auch bei Semjonow selbst, augenblicklich zur Unperson zu machen (was nach allen vorliegenden Quellen nicht der Fall war); zudem hätte sich Ulbricht dieses Beweises bei der Abrechnung mit Zaisser mit Freuden bedient, wenn es verfügbar gewesen wäre. Der Feststellung Filitovs entspricht die Darlegung bei Wolf, *Spionagechef*, S. 80f.
- 95 Herrstadt, Herrstadt-Dokument. Vgl. auch die Darstellung bei Müller-Enbergs, Fall.

Ulbricht nutzte die persönliche Abrechnung mit Zaisser, dessen starke Position und unabhängiges Verhalten ihm schon lange ärgerlich gewesen waren, zugleich zu einem Ausbau seiner institutionellen Macht. Das relative innenpolitische Gegengewicht, das der seinem unmittelbaren Einfluß weithin entzogene Staatssicherheitsdienst gewesen war, wurde nunmehr beseitigt. Dieser Dienst verlor den Status eines eigenen Ministeriums und wurde als bloßes Staatssekretariat dem Innenministerium unterstellt, an dessen Spitze der dem SED-Generalsekretär treu ergebene Willi Stoph stand. Dieser war zwar zugleich auch ein Mann besonderen sowjetischen Vertrauens, doch wurde die Besatzungsmacht dadurch allein nicht zufriedengestellt. Denn ihr ging es nicht nur um die Kontrolle des Staatssicherheitsdienstes, sondern gemäß ihrer seit 1945 in Ostdeutschland verfolgten Politik des Teile-und-Herrsche zugleich auch darum, die innenpolitische Macht Ulbrichts durch von ihm unabhängige andere Spitzenfunktionäre in Grenzen zu halten, auch wenn dieser sich traditionell in Moskau eines exzeptionellen Vertrauens erfreute. Aus diesem Grund setzte die sowjetische Seite durch, daß mit Ernst Wollweber so wie zuvor ein Funktionär mit der Leitung des Staatssicherheitsdienstes betraut wurde, der nicht zu den Gefolgsleuten des SED-Chefs gehörte und daher eine Balance zu Stoph herstellte.⁹⁶

Für den Fall, daß der von Sudoplatow skizzierte Plan zur geheimdienstlichen Einleitung von Deutschland-Verhandlungen tatsächlich existierte, erhellt die Ernennung Wollwebers schlaglichtartig, daß die Kremlführung davon nicht die mindeste Ahnung hatte. Andernfalls hätte sie die Schlüsselposition nicht ausgerechnet jenem Manne anvertraut, den Berija bei seinem inkriminierten Unternehmen als seinen Mitarbeiter in Ost-Berlin vorgesehen hatte. Auch wenn die Eventualität nicht sicher auszuschließen ist, daß der gestürzte sowjetische Spitzenfunktionär mit dem Westen eine Übereinkunft über die deutsche Frage suchte, so hat es auch dann unter keinen Umständen eine praktische Gelegenheit zu einer entsprechenden Vereinbarung gegeben: In diesem Fall wäre zwar eine Absicht festzustellen, die aber nicht über dieses Stadium hinausgekommen wäre; weder die westlichen Regierungen noch Berijas Führungskollegen hätten jemals davon erfahren; die Verhaftung des Initiators hätte der Sache ein Ende gemacht, bevor sie überhaupt angefangen hatte.

96 Vgl. Roger Engelmann, Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959, in: Siegfried Suckut/Walter Süß (Hg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 55f.